Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kuhschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das **Kgl. Amtsgericht** und den **Stadtrat** zu **Lichtenstein**

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

59. Jahrgang.

Nr 144 — Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk — **Freitag, den 25 Juni** — Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk — **1909**

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis: 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwickauerstraße Nr. 5b, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfg. berechnet. Reklamezeile 30 Pfg. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfg. Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 7. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Das im Grundbuche für Mülsen St. Niklas Blatt 227 auf den Namen der **Marie Anna Pommer** geb. Schubert eingetragene Grundstück soll am

19. August 1909, vormittags 10 Uhr

— an der Gerichtstelle — **im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.**

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 2.6 Ar groß und auf 3 900 M. — Pfg. geschätzt; es besteht aus Wohn- und Schuppengebäude, sowie Garten, trägt die Flurbuchsnummer 54 und die Brandkatasternummer 202.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen, das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am **27. Mai 1909** verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Lichtenstein, am 23. Juni 1909.

Königliches Amtsgericht

Das Wichtigste.

* Der Umsatzstempel auf Immobilien wurde von der Finanzkommission unter Erhöhung des Satzes von ½ auf ½ Prozent angenommen.

* Die Luftverteidigung macht in England große Fortschritte.

* In Persien nimmt die Agitation gegen die russisch-englische Bevormundung zu.

* Wie aus Pittsburg gemeldet wird, hat in einer Kohlenmine der Lackawanna-Gesellschaft eine Explosion stattgefunden, durch welche etwa **150 Bergleute** von der Außenwelt **abgeschnitten** worden sind. Es sind bereits mehrere furchtbar verstümmelte Leichen aufgefunden worden.

* Die landwirtschaftliche Ausstellung zu Leipzig war von insgesamt 326 345 Personen besucht, gegen 325 906 in Berlin 1906.

Der Kaiser über die innere und äußere Politik.

Der Kaiser nahm, wie aus Kuxhaven gemeldet wird, auf dem Dampfer „Deutschland", der bei Altenbruch vor Anker lag, die Preisverteilung für die Regatta vor. Gelegentlich eines im Anschluß veranstalteten Festmahles führte Bürgermeister Dr. Burchard unter anderem aus, daß Kaiser Wilhelm vor einem Jahre in dortigem Kreise der Notwendigkeit der deutschen Reichsfinanzreform gedacht habe.

„Möge aller noch vorhandenen Schwierigkeiten ungeachtet die Hoffnung sich als berechtigt erweisen, daß dem einmütigen Votum der Nation das Vollbringen des Werkes nicht fehlen wird. Befreit von der schweren Sorge um das Gelingen des großen Reformwerkes wird sich das deutsche Volk mit neuem Mut der Fülle seiner produktiven Arbeit widmen, um so mehr, als der Kaiser unausgesetzt bemüht sei, dem Reiche den Frieden zu erhalten."

Der Kaiser erwiderte mit einer Rede, in der er unter anderem sagte:

„Wir treiben hier Sport und keine Politik. Ew. Magnificenz hatte aber die Güte, die Punkte zu berühren, die alle deutschen Herzen jetzt bewegen. Ich hoffe immer noch, daß der Gemeinsinn in unseren Volksvertretern sich über den Parteisinn Bahn brechen wird, da ich doch annehme, daß niemand unter Ihnen die Verantwortlichkeit auf seine Schultern nehmen wird, das Scheitern einer für unser Vaterland nach innen und außen unumgänglich notwendigen Reform zu verantworten. (Bravo.) Sie haben alle mit Interesse meine Reise nach den finnischen Schären verfolgt, wo ich eine so warme und gastliche Aufnahme seitens des Kaisers aller Reußen und der Seinen gefunden habe. Es freut mich gerade, Ihnen als den Vertretern des Handels- und der Geschäftswelt, die Sie ein Interesse an der friedlichen Gestaltung der Zukunft haben, folgendes über die Bedeutung dieses Besuches mitteilen zu können: Kaiser Nikolaus und ich sind dahin übereingekommen, daß unsere Zusammenkunft als eine energische Bekräftigung des Friedens aufzufassen ist. (Lebhaftes Bravo.) Wir fühlen uns als Monarchen unserm Gott verantwortlich für das Wohl und Wehe unserer Völker, die wir soweit als möglich friedlich vorwärts bringen und zur Blüte emporführen wollen. Alle Völker brauchen den Frieden, um unter seinem Schutze den großen Kulturaufgaben ihrer wirtschaftlichen und kommerziellen Entwickelung ungestört obliegen zu können. Daher werden wir beide stets danach streben, soweit es in unseren Kräften liegt, mit Gottes Hilfe für die Förderung und Wahrung des Friedens zu wirken. (Andauerndes Bravo.) Unter diesem Frieden kann sich auch natürlich der Sport in vollster Blüte entwickeln."

Der Kaiser schloß mit einem Hurra auf die Stadt Hamburg und die Hamburg-Amerika-Linie.

* * *

Der Kaiser hat also nunmehr das ernste Mahnwort an die Parteien zu Gunsten der Reichsfinanzreform gerichtet. Er hat es gesprochen, ohne sich in die Parteipolitik zu mischen, lediglich als Mahnung zur Selbstbestimmung und Unterordnung unter das Vaterlandsgefühl, gesprochen aus der Sorge für des Vaterlandes Wohl, in der Pflichterfüllung des sich seiner Verantwortung voll bewußten Monarchen. Die Kaiserworte werden keinen Widerspruch erfahren und nur das Bedauern auslösen, daß sie nicht schon früher gesprochen worden sind, als die Parteiwut das große Werk der Reichsfinanzreform noch nicht so verfahren hatte, daß kaum noch ein Rückgang zur Einigung gefunden werden kann. In diesem Sinne äußern sich eine ganze Anzahl Zeitungen, denen des Vaterlandes Wohl am Herzen liegt.

* * *

Eine Wiener Preßstimme zur Kaiser-Rede.

Die Neue Freie Presse schreibt: Die starke Betonung friedlicher Absichten ist gewiß nicht unbeabsichtigt. Daß das stark gewappnete Deutsche Reich eine Friedensmacht ist, weiß die Welt, und so oft in den letzten Jahren Beunruhigung nach Europa hineingetragen wurde, geschah es nicht von Deutschland aus, sondern aus der Mitte jener Mächte, welche Deutschland durch einen Kreis von Bündnissen, Freundschaften und Ententen diplomatisch isolieren wollten, und mit diesen Bemühungen Gegensätze und Spannungen erzeugten, welche die auswärtige Politik in starke Bewegung versetzten. Auch Rußland ist in diesen Kreis hineingezogen worden und der Abschluß einer Entente mit England war als das letzte Glied einer vom Mittelländischen Meere um die westeuropäische Küste herum bis zur Ostsee reichenden Kette von Ententen gedacht. Wenn jetzt Kaiser Wilhelm erklärt, sowohl er wie der Zar wären übereingekommen, daß ihre Begegnung als eine energische Bekräftigung des Friedens aufzufassen sei, so beweist das, daß Rußland an keiner Politik teilnehmen wird, die gegen Deutschland gerichtet ist. Das von Rußland beschlossene Einvernehmen mit England besteht fort, aber die russische Politik nimmt so viel Bewegungsfreiheit für sich in Anspruch, daß sie auch weiterhin die Freundschaft mit Deutschland pflegen wird.

Deutsches Reich.

Berlin. (Die deutsche Regierung und Minister Barthou.) Es bestätigt sich, daß die Aeußerungen des französischen Ministers Barthou an hiesigen amtlichen Stellen sehr unangenehm berührt haben. Zwar, daß der Minister in das chauvinistische Horn gestoßen hat, erklärt man sich aus den großen Schwierigkeiten, die ihm in seinem Ressort erst durch den Poststreik und dann durch die jüngsten Ausschreitungen in Auteuil erwachsen sind. Es gehört nun einmal zur Methode gewisser französischer Politiker, inneren Verlegenheiten durch eine Ablenkung auf das Ausland zu begegnen. Was dem Minister Barthou aber hier mit Recht verübelt wird, ist die Tatsache, daß er sich nicht gescheut hat, die durchaus falsche Behauptung aufzustellen, Frankreich habe sich durch eine unannehmbare Forderung der deutschen Regierung verletzt gefühlt. Er hat, wie hier bekannt ist, dem Ministerrat beigewohnt, in dem diese Dinge zur Erörterung gelangt sind. Er muß also wissen und weiß es sicherlich, daß eine solche Forderung von hier aus niemals gestellt worden ist. Wir haben Grund zu der Annahme, daß zwar die deutsche Regierung aus dieser bedauerlichen ministeriellen Entgleisung keine Haupt- und Staatsaktion machen, daß sie es aber auch nicht unterlassen wird, der französischen Regierung zu verstehen zu geben, wie sie über diesen an den Haaren herbeigezogenen Zwischenfall denkt. Daß er nicht dazu angetan ist, die deutsche Regierung in ihren Bemühungen sonderlich zu ermuntern, gute und vertrauensvolle Beziehungen zur französischen Regierung zu fördern, liegt auf der Hand.

— (Die Erbanfallsteuer), die bereits heute Donnerstag zur zweiten Lesung im Plenum des Reichstages kommt, steht bekanntlich auf des Messers Schneide, da Freikonservative, Wirtschaftliche Vereinigung und ein Bruchteil der Deutschkonservativen, die sächsischen Abgeordneten voran, neben Freisinn und Nationalliberalen für diese Steuer stimmen werden. Der letzte Entscheid hängt wesentlich von der Haltung der Sozialdemokratie ab. Bei den Konservativen wird die Zahl derjenigen, die für diese Steuer stimmen werden, auf 7 berechnet.

— (Die Finanzkommission des Reichstages hat gestern die Stempelabgabe bei Grundstücksübertragungen von ½ auf ½ Prozent erhöht; von Fideikommissen soll alle 30 Jahre ebenfalls ½ Prozent des Wertes erhoben werden. Auf Wechsel, die länger als 6 Monate laufen, wurde die Stempelerhöhung nach der Regierungsvorlage beschlossen.

— (Graf Zeppelin) wird erst am 28. August in Berlin eintreffen. Es heißt, der Kaiser habe dem Grafen den Wunsch geäußert, er möge den 28. August für seine Ankunft in Berlin und das Tempelhofer Feld als Landungsplatz wählen.

* * *

Der Reichstag

nahm gestern — trotz des Widerspruches der Regierung — den Parag aph 1 des Kommissionsantrages, betreffend die Wertzuwachssteuer auf Immobilien, in zweiter Lesung mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Polen an. Damit wurde der Wertzuwachssteuer grundsätzlich zugestimmt. — Innerhalb einer halben Stunde werden auch die übrigen Paragraphen von derselben Mehrheit genehmigt. Es gibt nur kleine lustige Geplänkel, wenn die Redner der Linken, besonders der Freisinnige Cuno und der Sozialdemokrat Südekum an Beispielen die Unausführlichkeit des Gesetzes beweisen, und wenn von der Rechten unter Hohnlachen der Linken betont wird,